

Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Pressemitteilung des AG 60 plus Bundesvorstandes zur aktuellen Rentendiskussion



Die NRWSPD AG 60plus unterstützt diese Mitteilung in vollem Umfang. Die SPD hat die große Aufgabe, die soziale Gerechtigkeit immer wieder neu zu überprüfen und glaubhaft in ihrem politischen Handeln einzusetzen.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die Menschen von ihrer Arbeit und ihrer späteren Rente leben können. Für uns gilt der Grundsatz:

"SOLIDARISCH HANDELN, DAMIT WIR MORGEN NOCH GUT LEBEN KÖNNEN".

Eine politische Belehrung aus dem „Süden der Republik“ brauchen wir nicht!

Renten stärken - Altersarmut verhindern - Lebensstandard sichern

Angeichts der aktuellen Diskussion um die "Rentenproblematik" stärkt die AG 60plus dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und der Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles den Rücken. Für die anstehenden Diskussionen über ein neues Rentenkonzept erinnert sie an ihre bereits im Jahre 2012 beschlossenen Grundsätze, und freut sich, dass diese inzwischen in der Öffentlichkeit eine breite Zustimmung finden.

Bereits vor vier Jahren hat die AG 60 plus folgende Grundsätze beschlossen, deren Umsetzung bisher leider keine ausreichenden politischen Mehrheiten gefunden hat.

- ***"Wir stehen zum **Generationenvertrag** und zur **beitragsfinanzierten gesetzlichen Rente** als zentrale Säule der Alterssicherung. Die gesetzliche Rente muss weiterhin den wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Lebensstandards im Alter leisten und Altersarmut verhindern. Die Höhe der **Rentenentwicklung** darf nicht von der Lohnentwicklung abgekoppelt und durch die Förderung der privaten Vorsorge gemindert werden. Eine Absenkung des Rentenniveaus lehnen wir ab, zumal sich die private und zusätzliche Alterssicherung nicht als geeignet erwiesen hat, die Gesamtbevölkerung zu erreichen. Ein starkes **Rentenniveau** ist die beste Prävention für Altersarmut. Wir wollen keine Privatisierung der Rente, sondern die Gesetzliche Rentenversicherung stärken.***

- **Versicherungsfremde Leistungen** müssen stets und ausreichend durch Steuergelder ausgeglichen werden, um der Rentenversicherung keine Mittel zu entziehen.
- Um Armut im Alter zu verhindern, brauchen wir zudem die **Solidarrente** deutlich über dem Grundsicherungsniveau sowie die bessere **Berücksichtigung von Kindererziehungs-, Pflegezeiten und ehrenamtlichem Engagement**. Ziel muss auch die Berücksichtigung der Kinder sein, die **vor 1992 geboren** worden sind.
- Nicht zuletzt fordern wir die rasche **Angleichung der Ostrenten auf das Westniveau** und eine bessere Absicherung in der **Erwerbsminderungsrente**.
- Wir unterstützen einen **Demografie-Fonds** in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Neben einer altengerechten und **humanen Arbeitswelt** mit mehr Chancen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen wir **flexible Möglichkeiten des Übergangs in den Ruhestand**. Entscheidend ist nicht eine starre Altersgrenze, sondern die Flexibilität mit einem Ausbau der **Teilrente**.
- Die Rentenversicherung muss zu einer **Erwerbstätigenversicherung** umgebaut und die bisherige Trennung in Berufsstände überwunden werden. Alle Erwerbstätigen - auch Selbständige und Beamte - müssen in das gleiche System einzahlen und in ihm abgesichert sein - nur das ist gerecht und zukunftssicher.